



Flüchtlingsrat Berlin e.V.  
Tel.: 030/24344-5762  
buero@fluechtlingsrat-berlin.de  
www.fluechtlingsrat-berlin.de



Flüchtlingsrat Brandenburg e.V.  
Tel.: 0331/ 71 64 99  
info@fluechtlingsrat-brandenburg.de  
www.fluechtlingsrat-brandenburg.de



Initiative gegen Abschiebehäft  
Tel.: 030 / 41 700 915 (nur AB)  
initiative-gegen-abschiebehäft@gmx.net  
www.initiative-gegen-abschiebehäft.de

## **Gemeinsame Pressemitteilung der Flüchtlingsräte Brandenburg und Berlin und der Initiative gegen Abschiebehäft, 20. September 2012**

### **Abschiebehäftanstalten: Nicht zusammenlegen, sondern abschaffen!**

**Berlins Innensenator überlegt, Abschiebehäft künftig in der Brandenburger Provinz zu vollziehen / Flüchtlingsräte Berlin und Brandenburg und Initiative gegen Abschiebehäft fordern Abschaffung der Abschiebehäft statt Isolierung der Häftlinge in Eisenhüttenstadt**

Nach Auskunft von Innensenator Frank Henkel sucht die Berliner Innenverwaltung aktuell nach Alternativen zur Abschiebehäftanstalt in Köpenick, die als völlig überdimensioniert und unrentabel gilt.<sup>1</sup> Im Gespräch ist die Zusammenlegung in der Abschiebehäftanstalt Eisenhüttenstadt oder an einem neuen Standort in Berlin. Schon in den kommenden Wochen wird mit einer Entscheidung gerechnet.

Abschiebehäft stellt für die Betroffenen eine enorme Belastung dar. Das Eingesperrtsein und die drohende Abschiebung führen schon nach kurzer Dauer zu körperlichen und seelischen Erkrankungen.<sup>2</sup> Häufig kommt es zu Hungerstreiks und Suizidversuchen. Besuche durch Angehörige, Seelsorger/innen, Anwälte/innen und Ehrenamtliche sind eine unerlässliche Stütze, um den Haftalltag psychisch zu ertragen.

Eine Verlegung nach Eisenhüttenstadt würde die Häftlinge völlig isolieren, weil es vor Ort kaum Unterstützung gibt und jeder Besuch aus Berlin mit erheblichem Zeitaufwand verbunden und finanziell kaum zu leisten ist. Auch die Vertretung durch Anwälte/innen ist in Eisenhüttenstadt enorm erschwert.

*„Die Fahrt vom Berliner Hauptbahnhof zur Abschiebehäftanstalt in Eisenhüttenstadt dauert mit den öffentlichen Verkehrsmitteln gut zwei Stunden. Welcher Anwalt nimmt für ein Mandatengespräch vier Stunden Fahrtzeit in Kauf?“, fragt Martina Mauer vom Berliner Flüchtlingsrat. Ohne Anwalt können die Inhaftierten die Rechtmäßigkeit der Haft nur schwer überprüfen. Mit anwaltlicher Hilfe hingegen stehen die Chancen, die Aufhebung der Haft durchzusetzen, recht hoch. „Statt die Abschiebehäft nach Eisenhüttenstadt abzuschicken, sollte der Senat lieber daran arbeiten, Abschiebehäft ganz abzuschaffen“, so Mauer weiter.*

Seit Dezember 2010 gilt in Deutschland die europäische Rückführungsrichtlinie, nach der Abschiebehäft nur das allerletzte Mittel sein darf. Im Juni 2012 hat sich der Landtag in Rheinland-

<sup>1</sup> Vgl. Kleine Anfrage der Abgeordneten Canan Bayram, Drucksache 17/10720, [www.parlament-berlin.de:8080/starweb/adis/citat/VT/17/KIAnfr/ka17-10720.pdf](http://www.parlament-berlin.de:8080/starweb/adis/citat/VT/17/KIAnfr/ka17-10720.pdf)

<sup>2</sup> Vgl. "Quälendes Warten. Wie Abschiebehäft Menschen krank macht", Studie des Jesuiten Flüchtlingsdienstes, [www.jesuiten-fluechtlingsdienst.de/images/pdf/jrs\\_europe\\_devas\\_deutsche\\_zusammenfassung\\_100630.pdf](http://www.jesuiten-fluechtlingsdienst.de/images/pdf/jrs_europe_devas_deutsche_zusammenfassung_100630.pdf)

Pfalz für eine Bundesratsinitiative zur Abschaffung von Abschiebhaft ausgesprochen. In Schleswig-Holstein heißt es im Koalitionsvertrag der rot-grünen Landesregierung:

*„Wir halten Abschiebhaft grundsätzlich für eine unangemessene Maßnahme und werden uns deshalb auf Bundesebene für die Abschaffung der Abschiebhaft einsetzen.“* Bis zu einer Änderung der bundesrechtlichen Vorgaben sollen die im Aufenthaltsgesetz bestehenden Ermessensspielräume genutzt werden, um Betroffenen so wenig Beschränkungen wie möglich aufzuerlegen und die Haftanstalt in Rendsburg zu schließen.<sup>3</sup>

*„Den Landesregierungen in Berlin und Potsdam würde es gut anstehen, sich der Politik von Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein anzuschließen. Stattdessen wird die rot-rote Landesregierung Brandenburgs nicht müde, die Abschiebhaftanstalt in Eisenhüttenstadt als vermeintlich fortschrittlich schön zu reden und den Standort aus strukturpolitischen Erwägungen zu verteidigen“,* sagt Beate Selders vom Flüchtlingsrat Brandenburg. *„Es wird Zeit, dass auch Berlin und Brandenburg Abstand davon nehmen, Menschen, die niemandem geschadet haben, ins Gefängnis zu stecken.“*

#### **Pressekontakt:**

Beate Selders, Flüchtlingsrat Brandenburg, 0176-61026443

Martina Mauer, Flüchtlingsrat Berlin, 030-24344 57 62

Initiative gegen Abschiebhaft, [initiative-gegen-abschiebhaft@gmx.net](mailto:initiative-gegen-abschiebhaft@gmx.net)

Für weiterführende Informationen siehe auch die kürzlich erschienenen Antworten der Bundesregierung auf zwei parlamentarische Anfragen zur Abschiebhaft:

„Umsetzung der Abschiebungsrichtlinie der Europäischen Union und die Praxis der Abschiebungshaft“, Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE. im Bundestag, Drs. 17/10597

<http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/17/105/1710597.pdf>

„Situation in deutschen Abschiebungshaftanstalten“, Große Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Bundestag, Drs. 17/10596, <http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/17/105/1710596.pdf>

---

<sup>3</sup> Vgl. Koalitionsvertrag 2012 - 2017: Bündnis für den Norden - Neue Horizonte für Schleswig-Holstein [www.schleswig-holstein.de/Portal/DE/LandesregierungMinisterien/Landesregierung/Koalitionsvereinbarung.html](http://www.schleswig-holstein.de/Portal/DE/LandesregierungMinisterien/Landesregierung/Koalitionsvereinbarung.html)